



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 023-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.36

Eingereicht am: 07.03.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Binggeli (Biel/Bienne, SP) (Sprecher/in)
Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)
Dunning (Biel/Bienne, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 10.03.2022

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Der akademische Mittelbau – Schluss mit dem Prekariat in den Wissenschaften!

Der Forschungsplatz Schweiz und die Universität Bern im Speziellen verlieren laufend hochqualifizierte Forschende. Die mediale Aufmerksamkeit, die sich des akademischen Prekariats widmet, hat erste Früchte getragen. Die Unterzeichnung einer nationalen Petition zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des akademischen Mittelbaus sowie Vorstössen in weiteren Kantonen unterstreichen die Dringlichkeit der vorliegenden Interpellation.

Am 8. Oktober 2021 wurde eine nationale Petition zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Schweizer Forschenden der Bundesversammlung überreicht. Dies hat die Öffentlichkeit auf die Arbeitsbedingungen des akademischen Mittelbaus (Doktorierende, Post-Docs, Assistierende usw.) aufmerksam gemacht und eine schweizweite Diskussion lanciert. Die Petition wurde von über 8000 Personen, akademischen Institutionen und Organisationen unterschrieben, darunter auch von der Mittelbauvereinigung der Universität Bern (MVUB) und der Vereinigung des Mittelbaus der PHBern (VMPH), und fordert eine Veränderung der Arbeitsbedingungen an den Schweizerischen Universitäten und Hochschulen. Die MVUB vertritt die Interessen der derzeit mehr als 3000 Mittelbauangehörigen an der Universität Bern, die VMPH vertritt für diese Interpellation die Interessen von über 100 Mittelbaumitarbeitenden in einem befristeten Verhältnis an der PHBern. Beide Vereinigungen setzten sich kontinuierlich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Mittelbaus und für eine damit einhergehende qualitativ erstklassige Lehre und Forschung ein. Die Arbeitsverhältnisse der Mittelbauangehörigen sind nicht nur aufgrund materieller Bedingungen prekär, sondern insbesondere auch aufgrund der hohen Abhängigkeit von Professorinnen und Professoren. Die Planungsunsicherheit in Sachen Familie und Karriere kann die psychische Gesundheit der Forschenden belasten. Die Problematik rund um die Beschäftigungsverhältnisse der Angehörigen des Mittelbaus wurden in den letzten Monaten in zahlreichen Medienbeiträgen thematisiert.

Um die Situation des Mittelbaus an der Universität Bern und der Mittelbaumitarbeitenden an der PHBern mit befristeten Arbeitsverträgen einordnen zu können, wird der Regierungsrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten.

Die Arbeitsbedingungen betreffende Fragen:

1. Wie hoch sind die durchschnittlichen, bezahlten Anstellungsgrade des Mittelbaus? Und wie hoch sind die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden (aufgeteilt nach Doktorierenden, Assistierenden, Postdocs und Dozierenden)?
2. Was sind Mittelwert und Median der Vertragslängen aller befristeten Anstellungsverhältnisse des Mittelbaus, nach Fakultäten und nach Finanzierungsquelle (Grundmittel, SNF, andere Drittmittel) aufgefächert?
3. Wie hoch sind die tatsächlichen Durchschnittslöhne des Mittelbaus nach Stellenkategorie?
4. Wie hoch ist der Anteil der Wochenarbeitsstunden, die der Mittelbau für die Vor- und Nachbereitung sowie die Durchführung der Lehre aufwendet (aufgeteilt nach Doktorierenden, Assistierenden, Postdocs und Dozierenden)?
5. Warum beträgt nach einer Umfrage der MVUB die durchschnittliche Vertragslänge von Postdocs an der Universität Bern nur 1 Jahr und 10 Monate statt der gemäss der Reformen 2019 eigentlich vorgesehenen mindestens 3 und bis 6 Jahre?
6. Was ist der Anteil der Lehrveranstaltungen, die durch den Mittelbau durchgeführt werden (aufgeteilt nach Doktorierenden, Assistierenden, Postdocs und Dozierenden)?
7. Was sind die Anteile von unbefristeten Stellen nach Qualifikationsstufe (Doktorierende/Postdocs) und Fakultät/Fachbereich?
8. Der MVUB sind Fälle bekannt, in denen befristete Anstellungsverhältnisse (bezahlt aus kantonalen Mitteln) nicht oder nur unter enormen Mühen für die Betroffenen um nötige Zeiten (etwa von obligatorischem Mutterschaftsurlaub) verlängert wurden. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat gegen solche Diskriminierungen?

Fragen zu den Finanzierungen:

9. Wie hoch ist der Anteil der Finanzierung aus nationalen Mitteln (staatliche Mittel, SNF) und internationalen Mitteln (europäische Mittel, andere Mittel) nach Qualifikationsstufe (Doktorierende/Postdocs)?
10. Wie hoch sind im Falle von Finanzierungen durch Drittmittel die anfallenden Overhead-Kosten (z. B. für Labore, Büroräume, Administration usw.), welche die Universität/PHBern aus der Grundfinanzierung decken muss?
11. Wie hoch ist der Anteil an Drittmitteln, die durch Mittelbauangehörige nach Qualifikationsstufe (Doktorierende/Postdocs) eingeworben wurden?
12. Die Grundmittel des Kantons Bern machen derzeit nur knapp 34 Prozent des Budgets der Universität Bern aus. Dieser Beitrag scheint für die kantonale Universität Bern/PHBern sowohl im Gesamtbudget als auch im Verhältnis zu anderen Kantonen sehr niedrig. Wie sieht das der Regierungsrat?
13. Wie hoch ist das Durchschnittsalter und wie sieht die Geschlechterverteilung der Mitglieder des Mittelbaus nach Fakultäten und Qualifikationsstufe (Doktorierende/Postdocs) aus?

Fragen betreffend Karriere und Perspektiven:

14. Welchen Anteil des Forschungsoutputs (Erstautorschaft) der Universität Bern haben Beiträge von Mittelbauangehörigen nach Qualifikationsstufe (Doktorierende/Postdocs)?
15. Wie hoch ist die Anzahl jährlicher Doktoratsabbrüche nach Fakultät, Jahr und Art der Finanzierung (Grundmittel, SNF, andere Drittmittel)?
16. Wie hoch ist die Anzahl der Personen, die in Bern mit einem Schweizer Arbeitsvertrag doktoriert haben und in den ersten 5 Jahren nach der Promotion die Forschung oder die Schweiz verlassen haben?
17. Was ist die jeweilige Anzahl (nach Finanzierungsquelle und Fakultät) und das Verhältnis zwischen Assistenzprofessuren mit und ohne Tenure-Track? Wie hoch ist die Anzahl der geplanten Anstellungen mit Tenure-Track?
18. Erkennt der Regierungsrat die Prekarität, von der einige Mitglieder der akademischen Gemeinschaft, insbesondere im Mittelbau, betroffen sind? Was sind die Mittel und/oder Massnahmen, um die Situation für die nächste Generation zu verbessern?
19. Ist sich der Regierungsrat der Auswirkungen bewusst, die das stark wettbewerbsorientierte wissenschaftliche Umfeld auf die Gesundheit des akademischen Personals und auf die Qualität dessen Forschung hat?
20. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Praxis des Tenure-Tracks ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Prekarität ist?
21. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass sich der Anteil unbefristeter Stellen, etwa Assistenzprofessuren oder Dozenturen mit Tenure-Track, an der Universität Bern/PHBern erhöhen soll?

Begründung der Dringlichkeit: Die Unterzeichnung einer nationalen Petition zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des akademischen Mittelbaus sowie Vorstösse in weiteren Kantonen unterstreichen die Dringlichkeit der vorliegenden Interpellation. Es darf nicht sein, dass die Universität Bern zudem weiterhin aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen im Mittelbau fähiges Personal verliert oder gar nicht erst akquirieren kann und die Gesundheit der Mittelbauangehörigen auf dem Spiel steht.

Verteiler

– Grosser Rat